

## Nach dem Krieg ist vor dem Krieg?

Im Libanon sind die Parallelen zur Lage vor 1975 deutlich zu erkennen



MAXIMILIAN FELSCH, geb. 1979, Politikwissenschaftler, promoviert an der Graduate School of Politics in Münster und als Stipendiat am Orient-Institut Beirut über das Thema „Palästinensische Flüchtlingsgemeinschaften in Syrien, Jordanien und Libanon“.

Maximilian Felsch | **In den letzten 18 Monaten hat der Libanon seine schwerste Staatskrise seit dem Ende des Bürgerkriegs durchlebt. Bei Vermittlungsbemühungen in Doha wurde zwar eine Einigung erreicht, aber damit sind die Probleme nur scheinbar gelöst. Zusätzlich bedrohen die Einflussnahme von außen, u.a. von Syrien und dem Iran, die Sicherheit und Souveränität.**

Im Nahen Osten bereitet man sich seit Monaten auf den nächsten Regionalkrieg vor. Israel übt zivile Verteidigungsmanöver, die es in diesem Ausmaß noch nicht gab, und verteilt Gasmasken an die Bevölkerung im Norden des Landes. Man fürchtet die angekündigten Vergeltungsschläge der Hisbollah für das Attentat auf ihren Militärführer Imad Mughniyeh. Auch Syrien ist seit Wochen in Alarmbereitschaft und hat die Hälfte seiner Reservisten mobilisiert. An der Grenze zum Libanon hat Damaskus seine Truppen massiv aufgestockt und baut Militärstützpunkte – zum Teil auch auf libanesischer Seite. Im Libanon nutzt die Hisbollah die Zeit seit dem Juli-Krieg 2006, um ihre Taktik zu überdenken, neue Bunker und Tunnelsysteme zu

bauen und ihr Raketens Arsenal aufzustoßen. Jeden Monat schickt die Hisbollah Hunderte Kämpfer für militärische Trainings in den Iran.<sup>1</sup> Und die USA haben zur Abschreckung Syriens und der Hisbollah Kriegsschiffe an die libanesischen Küste entsandt.

In dieser angespannten Situation, die jederzeit explodieren kann, erlebte der Libanon die schwerste Staatskrise seit dem Bürgerkrieg. Kontinuierlich vollzog sich auch der Zusammenbruch des politischen Systems. Dabei hatte sich den Libanesen nach dem Ende der syrischen Besatzung seit Frühjahr 2005 die historische Chance geboten, einen stabilen und souveränen Staat in Eigenregie aufzubauen. Doch anstatt die Weichen für die Zukunft des Landes zu stellen,

<sup>1</sup> Vgl. Robert Fisk: Hizbollah turns to Iran for new weapons to wage war on Israel, *The Independent*, 8.4.2008.

entbrannte ein erbitterter Machtkampf zweier verfeindeter Lager. Die Einheitsregierung zerfiel, als die schiitischen Parteien Hisbollah und Amal ihre Minister abzogen, und somit stand die Legitimität von Fouad Sinioras Rumpfregierung in Frage. Außerdem war der Libanon seit Ende November 2007 ohne Präsident: Erst nach intensiven Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga konnten sich beide Seiten auf die Ernennung von Armeechef Michel Suleiman zum Präsidenten verständigen, der dann nach den Vermittlungsbemühungen in Doha Ende Mai gewählt wurde. Auch das Parlament tagte seit dem Regierungszersplitterung nicht mehr, weil Parlamentspräsident Nabih Berri – zugleich Chef der oppositionellen Amal-Bewegung – keine Sitzungen mehr einberief.

Während die zentralen Staatsorgane handlungsunfähig oder blockiert sind, sind die Souveränität und Sicherheit des Landes massiven inneren und äußeren Angriffen ausgesetzt. Dabei bildeten die militärische Intervention Israels im Juli 2006 und die monatelangen Kämpfe im Sommer 2007 zwischen der Armee und militanten Islamisten im palästinensischen Flüchtlingslager Nahr al-Bared nur die Höhepunkte der seit 2005 anhaltenden katastrophalen Sicherheitslage. Seit Hariris Tod erlebte der Libanon eine Serie politischer Morde an antisyrischen Politikern, Journalisten und Sicherheitskräften. Die Armee musste zudem immer wieder Demonstrationen und Schießereien zwischen Anhängern der verfeindeten Blöcke unter Kontrolle bringen. Die drei Tage

dauernden blutigen Kämpfe zwischen der Hisbollah und Anhängern des Regierungslagers Anfang Mai waren ein weiterer Schritt Richtung Staatszerfall und könnten der Auftakt eines neuerlichen libanesischen Bürgerkriegs gewesen sein.

Der Libanon ist vor allem in der Frage des Verhältnisses zu Syrien geteilt. Die die Regierung stellende Bewegung des „14. März“<sup>2</sup> wirft der Opposition vor, aus dem Libanon eine syrische Provinz und Kampfzone für den Iran machen zu wollen. Tatsächlich traten Hisbollah und Amal nicht etwa aus Protest gegen eine Benachteiligung ihrer Bewegung aus der Regierung aus, sondern als Reaktion auf Sinioras Zustimmung für ein internationales Tribunal zur Untersuchung des Hariri-Attentats, welches Damaskus ein Dorn im Auge ist. Die Opposition wiederum beschuldigt die Parlamentsmehrheit, Diener amerikanischer Interessen zu sein und sieht sich durch die Entsendung von US-Kriegsschiffen an die libanesischen Küste bestätigt.

Im Libanon spiegelt sich nicht nur der Konflikt zwischen Amerika und einem syrisch-iranischen Bündnis wider. Auch die sich seit dem Irakkrieg im Nahen Osten ausbreitenden Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten haben das Land erreicht: Die sunnitische Gemeinschaft steht fast geschlossen auf der Seite des „14. März“ und ihrem Führer Saad Hariri, während die Schiiten mit wenigen Ausnahmen die von der Hisbollah geführte Opposition unterstützen.

Hält die politische Blockade an, ist es nur eine Frage der Zeit, bis ein neuer Bürgerkrieg ausbricht.

<sup>2</sup> Benannt nach dem Tag der größten Demonstration der „Zedernrevolution“ 2005, die Syrien zum Truppenabzug veranlasste.

### Stärke der Hisbollah

Wie tief die politische Spaltung der Gesellschaft ist, wurde am 14. Februar, dem dritten Jahrestag der Ermordung von Rafiq Hariri deutlich. Rund 100 000 Anhänger des Regierungslagers strömten in Beirut Zentrum. Die seit Monaten vorbereitete Veranstaltung

Die Schiiten, die größte der 18 Religionsgemeinschaften, stehen fest zur Hisbollah.

stand unter dem Motto: „Unseren Libanon werden sie nicht bekommen“ – jedem war klar, dass mit „sie“ Syrien gemeint war, das der Ermordung Hariris beschuldigt wird. Die Hisbollah ihrerseits veranstaltete an diesem Tag im Süden Beirut die Trauerfeier für Mughnijeh, den Militärführer der Hisbollah, der am Tag zuvor in Damaskus durch eine Autobombe ermordet wurde. Auch die Hisbollah konnte ihre Anhänger massenweise mobilisieren. Die Schiiten – die größte und am schnellsten wachsende der 18 libanesischen Konfessionsgemeinschaften – stehen zur Hisbollah und zu ihrem Widerstand; sie empfinden Stolz, wenn sie an den Juli-Krieg denken, den die Hisbollah trotz der über 1200 meist zivilen Opfer und der massiven Zerstörungen als „göttlichen Sieg“ zelebrierte.<sup>3</sup>

Mughnijeh, der etlicher terroristischer Anschläge beschuldigt wird, soll das militärische Kommando der Hisbollah im Juli-Krieg gehabt haben. Sein Tod wird die Strategie der Hisbollah nicht ändern, sondern stützt Nasrallah in seiner Argumentation, dass der Krieg gegen Israel anhalte und daher eine Entwaffnung, die von mehreren UN-Resolutionen gefordert

wird, unmöglich sei. Ohne ihre Miliz droht die Hisbollah in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen und hätte auch für den Iran keinen Nutzen mehr. Der „Widerstand“ gegen Israel ist deshalb längst zum Selbstzweck geworden. Seit Jahren fordert die Hisbollah für die Opposition ein Vetorecht ein, um Entscheidungen, die den „Widerstand“ betreffen, blockieren zu können.

Als die Regierung sich Anfang Mai dazu entschied, das Kommunikationsnetz der Hisbollah und ihre Kameras am Beirut Flughafen als illegal und als Angriff auf die staatliche Souveränität zu werten und der Armee den Auftrag gab, beides zu entfernen, war das für Hassan Nasrallah wie eine „Kriegserklärung“. Nun habe „eine neue Ära im Libanon begonnen“, ließ er in einer Pressekonferenz am 8. Mai mitteilen. Es folgte die gewaltsame Eroberung des vorwiegend sunnitischen Westbeirut und anschließend des drusischen Schuf-Gebirges. Bewaffnete Anhänger des Regierungslagers und der drusischen PSP Walid Jumblatts hatten der Hisbollah nicht viel entgegenzusetzen. Die Armee hielt sich aus den Kämpfen heraus und zog sich sogar zum Teil aus Kampfzonen zurück. Ein Eingriff der Armee hätte einen Zerfall in ihre konfessionellen Teile provoziert und Sleimans Präsidentschaftskandidatur hätte die notwendige oppositionelle Unterstützung eingebüßt. So sah die Armee auch tatenlos zu, wie Fernseh- und Radiostationen sowie das Verlags- und Druckhaus der Future-Bewegung von Saad Hariri zerstört wurden. Die Hisbollah offenbarte damit ihren totalitären

<sup>3</sup> Vgl. zu einer militärisch-strategischen Analyse der Juli-Kriege 2006 Jonathan Spyer: Lebanon 2006: Unfinished War, *MERIA Journal*, März 2008.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Patrick Chapatte in „Le Temps“, Genf

Charakter und scheut im Gegensatz zu dem, was sie lange beteuert hatte, nicht länger davon zurück, ihre Ziele auch im Inneren mit Waffengewalt durchzusetzen. Um einen Abzug der Hisbollah aus den eroberten Gebieten zu erreichen, nahm die Armee, die sich nicht mehr an Weisungen der Regierung gebunden fühlt, die Entscheidungen zur Demontierung des Kommunikationsnetzes der Hisbollah und ihrer Kameras am Flughafen zurück. Die Machtverhältnisse haben sich klar zu Gunsten der Hisbollah und ihrer Verbündeten verschoben, gegen deren Willen keine Politik mehr gemacht werden kann.

In ihrer Hochburg, dem vorwiegend schiitischen Südlibanon, zeigt die Hisbollah ihr soziales Gesicht. Sie unterhält Schulen und Krankenhäuser, führt mit massiver Unterstützung des Iran den Wiederaufbau durch und zahlt Entschädigungen für

Kriegszerstörungen aus. Ein Staat im Staate ist entstanden, und die Regierung ist in dieser Region kaum präsent. Der Juli-Krieg blieb nicht folgenlos für die Hisbollah im Süden. Nach Kriegsende musste sie die Grenzregion bis zum Litani-Fluss räumen. Seither übernimmt eine auf mittlerweile 12 700 Soldaten aus 28 Nationen aufgestockte UNIFIL-Truppe die Grenzüberwachung zusammen mit der erstmals dort stationierten libanesischen Armee.

Behauptungen Israels, die Hisbollah sei weiterhin in diesem Gebiet militärisch aktiv und habe Raketen auf israelisches Territorium geschossen, kann der sechste UN-Bericht zur Implementierung der Resolution 1701,<sup>4</sup> den Generalsekretär Ban Ki-moon Ende Oktober 2007 dem Sicherheitsrat vorlegte, nicht bestätigen. Die UNIFIL ist in ihrem Mandatsgebiet zwischen dem Litani-Fluss und der

<sup>4</sup> Die UN-Resolution 1701 vom 11.8.2006 beinhaltet u.a. den vollständigen Abzug Israels aus dem Libanon, die Stationierung der UNIFIL und der libanesischen Armee in der Grenzregion südlich des Litani-Flusses und das Verbot paramilitärischer Truppen in diesem Grenzgebiet.

israelisch-libanesischen Grenze bemüht, Vertrauen in der Bevölkerung zu schaffen, und übernimmt dort auch humanitäre Aufgaben. UN-Spezialeinheiten sind damit beschäftigt, weite Gebiete von nicht explodierten Sprengsätzen israelischer Splitterbomben zu säubern. Die fast täglich stattfindenden Verletzungen des libanesischen Luftraums durch Israel untergraben jedoch die Glaubwürdigkeit der UN-Truppen und stellen eine Verletzung der libanesischen Souveränität und der Resolution 1701 dar.

Eines der größten Probleme des Libanon ist die massive Waffeneinfuhr. Diese findet allerdings nicht über die Grenze zu Israel statt – und auch nicht über den Seeweg, den die deutsche Marine unter UN-Flagge bis Februar kommandoführend überwachte,

Ein großes Problem ist der massive Waffenschmuggel über die Grenze zu Syrien.

ohne einen Fund zu machen. Vielmehr kommt es zu Waffenschmuggel über die syrische

Grenze, die weder von den UN überwacht wird noch von der libanesischen Armee effektiv gesichert werden kann. Zudem geht aus dem neuesten UNIFIL-Bericht hervor, dass sich entlang der Grenze zu Syrien schwer bewaffnete Positionen der palästinensischen Gruppierungen PFLP-GC und Fatah al-Intifada befinden.

Einen weiteren destabilisierenden Faktor stellen die etwa 250 000<sup>5</sup> im Libanon lebenden Palästinenser und ihre Flüchtlingslager dar. Seit 1948 lebt die Mehrheit von ihnen als staa-

ten- und rechtlose Flüchtlinge in meist überfüllten slumähnlichen Ghettos, die keiner staatlichen Kontrolle unterliegen. In Nahr al-Bared waren es vor allem nichtpalästinensische Al-Qaida-Sympathisanten, die die Freiräume des Lagers nutzten. Die Kämpfe 2007 waren die bis dahin schwersten seit dem Bürgerkrieg, sie lösten eine humanitäre Katastrophe aus und haben das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen Libanesen und Palästinensern weiter verschlechtert.<sup>6</sup>

Nahr al-Bared war eine harte Bewährungsprobe für Regierung und Armee, die in der schweren Staatskrise Handlungsfähigkeit beweisen mussten. In seinem Ausmaß war Nahr al-Bared zwar ein Einzelfall. Doch zu erneuten Kämpfen kann es jederzeit kommen, denn in dem „space of exception“, wie der Politologe Sari Hanafi von der American University of Beirut die Lager beschreibt, können sich militante Gruppierungen unbehelligt formieren. Dennoch stellen die Palästinenser und ihre Lager nicht die größte Gefahr für die Stabilität des Libanon dar, wie noch in den siebziger Jahren, als die hochgerüstete und entschlossene PLO die Machtverhältnisse entscheidend veränderte.

### Syrische Einflussnahme

Auch nach seinem Truppenabzug nutzt Syrien die prekäre Sicherheitslage des Libanon für seine Interessen und unterstützt die Opposition sowie radikale Gruppierungen, um das Land weiter zu destabilisieren.

<sup>5</sup> Eine verlässliche Statistik zur Anzahl der Palästinenser im Libanon gibt es nicht. 370 000 sind bei der UNRWA registriert, doch sind viele von denen in die Golf-Staaten oder nach Europa emigriert.

<sup>6</sup> Anlass der Kämpfe war das Eindringen der Armee in das Lager, die auf der Suche nach Bankräubern war. Damit brach die Armee ein Tabu und wurde von der islamistischen Fatah al-Islam angegriffen. Bei den drei Monate anhaltenden Kämpfen starben 157 libanesischen Soldaten, 130 Fatah al-Islam-Kämpfer und 42 Zivilisten.

Das geplante Hariri-Tribunal droht nicht nur eine syrische Verwicklung in das Attentat, sondern auch die alltäglichen Machenschaften der syrischen Geheimdienste im Libanon aufzudecken. Unterstützung erfährt das Tribunal sowohl von den USA, wo man glaubt, durch die Aufklärung des Attentats Syrien weiter unter Druck setzen zu können und die Europäer zu einem harscheren Vorgehen gegen das Assad-Regime zu bewegen, als auch von den meisten arabischen Staaten: Sie fürchten, der Einfluss des Iran könne mit syrischer Hilfe wachsen und arabische Interessen gefährden. Besonders Saudi-Arabien sieht sich von einer seit dem Irak-Krieg immer selbstbewusster auftretenden Regionalmacht Iran herausgefordert (sicherlich spielt es auch eine Rolle, dass Rafiq Hariri in Saudi-Arabien zum Multimilliardär aufgestiegen war und als Freund des Königshauses die saudische Staatsbürgerschaft erhielt). Der innerarabische Konflikt hat Auswirkungen auf den Libanon, wo Saudi-Arabien und andere Golf-Staaten wie Kuwait und Bahrain ihre Einrichtungen bedroht sehen; sie riefen schon vor der jüngsten Gewalteskalation im Mai ihre Staatsbürger auf, den Libanon zu verlassen.

Das Gipfeltreffen der Arabischen Liga Ende März in Damaskus wurde für Syrien zu einem Debakel, da fast die Hälfte der 22 Staatsefs der Veranstaltung fernblieb. Sie begründeten ihren Boykott mit dem Vorwurf, Syrien blockiere die Wahl eines Präsidenten im Libanon. Das Motto des Treffens „Arabische Solidarität“ wurde damit zur Farce – selten hat ein Gipfel die Zerrissenheit der arabischen Welt so sichtbar gemacht.

Damaskus scheint sich nun mit den Ermittlungen zum Attentat auf Mughnijeh rächen zu wollen. Man kann davon ausgehen, dass die Untersuchungsergebnisse, die Damaskus bald bekanntgeben will, weniger über die wahren Täter

und Hintermänner  
Syrien verfolgt mit allen Mitteln seine Interessen im Nachbarland.

gegenwärtige Interessenlage Syriens aussagen. Schon jetzt verlautete aus Damaskus, dass arabische Kräfte involviert sein könnten; ein saudischer Militärattaché wurde in Damaskus bereits verhaftet.

Die Teilnahme Syriens an der Nahost-Friedenskonferenz Ende November 2007 in Annapolis hat das syrisch-iranische Verhältnis getrübt. Syrien zeigte die Bereitschaft, mit Israel über einen Frieden zu verhandeln, nachdem die USA versicherten, dass die Golan-Höhen auf den Verhandlungstisch kommen. Und Israel, das sich von einem instabilen und unkalkulierbaren Libanon bedroht fühlt, ließ pünktlich zu Beginn des arabischen Gipfels verlauten, dass es bereit sei für Friedensverhandlungen mit Syrien, was im Grunde die Bereitschaft zur Zurückgabe der Golan-Höhen impliziert. Jetzt muss sich Syrien entscheiden: Setzt es weiter im Bündnis mit dem Iran auf Konfrontation und Isolation oder akzeptiert es die Unabhängigkeit des Libanon mit der Aussicht auf Aussöhnung mit der arabischen Welt und Frieden mit Israel?

Die USA verschärfen derweil den Druck auf Syrien mit weiteren Sanktionen und vor allem mit der Entsendung der USS Cole an die libanesische Küste (mittlerweile wurde die Cole

durch andere Kriegsschiffe ersetzt). Damit soll Syrien und der Hisbollah verdeutlicht werden, dass Washington für ein militärisches Engagement bereit ist und dass der Libanon für Syrien eine Rote Linie darstellt, deren Überschreitung die USA nicht hinnehmen werden. Offiziell heißt es aus Washington, die Kriegsschiffe dienten der „Stützung der regionalen Stabilität“. Der inneren libanesischen Stabilität taten sie mit diesem Manöver keinen Gefallen: Die Hisbollah

Der Libanon braucht eine neue Formel der Koexistenz, um die Gefahr einer „Balkanisierung“ zu bannen.

sieht sich darin bestätigt, dass die Regierung ein Instrument des Westens sei – obwohl Siniora eilig mitteilen ließ, seine Regierung habe die US-Marine nicht eingeladen. Und auch der Zusammenhalt der Sunniten, bei denen ebenfalls Antiamerikanismus verbreitet ist, ist gefährdet. Es wird für Saad Hariri und Siniora nicht leichter, die Sunniten zusammenzuhalten und die Bildung radikal-islamischer Gegenbewegungen einzudämmen.

Will man die Gefahr einer „Balkanisierung“ auf lange Sicht verhindern, braucht der Libanon eine neue Formel der Koexistenz, die flexibel auf neue innere und regionale Veränderungen reagieren kann, ohne gleich in eine existenzielle Krise zu geraten. Doch solange die Kontrahenten glauben, nur mit ihren ausländischen Protektoren bestehen zu können, die ihrerseits ihren Eigeninteressen folgen, können bestenfalls vorübergehende Lösungen gefunden werden.

Die Gefahr eines Bürgerkriegs und das Szenario einer Teilung bestehen

fort. Die Parallelen zu der Phase vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs 1975 sind eindeutig. Damals wie heute hat der Staat nicht die Kontrolle über sein gesamtes Territorium, wirken regionale Konflikte destabilisierend auf die innere Sicherheit und führt eine nicht-staatliche Miliz gegen den Willen der Regierung einen bewaffneten Kampf gegen Israel. Auch eine konfessionelle Konfrontation herrscht wieder vor, wobei die dominante Konfrontationslinie heute zwischen Sunniten und Schiiten verläuft.

Nach der letzten Gewalteskalation im Mai folgten die politischen Größen des Libanon dem Aufruf der Arabischen Liga und hielten einen „nationalen Dialog“ zur Klärung der momentanen Streitpunkte in Katars Hauptstadt Doha ab. Nach fünftägigen Verhandlungen gab es eine Einigung. Um die Wahl des Präsidenten zu ermöglichen, akzeptierte das Regierungslager das von der Hisbollah eingeforderte Vetorecht für die Opposition. Damit spiegeln sich die neuen Machtverhältnisse nun auch institutionell wider. Eine Entwaffnung der Hisbollah, die die Regierung in Doha auch diskutieren wollte, rückt damit in weite Ferne.

Der Regierung ohne Macht bleibt keine Alternative, als zu neuen Dialogen aufzurufen und auf internationale Hilfe zu hoffen. Zurzeit ist es schwer vorstellbar, dass die verfeindeten Parteien wieder eine funktionsfähige Einheitsregierung bilden, auch wenn die internationale Diplomatie intensiv darauf hinarbeitet. Eines jedoch ist sicher: Ohne eine Entwaffnung der Hisbollah hat der Libanon keine Zukunft.